

Erfolgsgeschichte Photovoltaik

Koalition schützt Stromkunden vor Kosten durch zu hohe Solarförderung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition beschlossen, nach dem die Vergütung für neue Solaranlagen ab 1. April 2012 deutlich abgesenkt wird. Dadurch werden die Kosten für den Strom aus Photovoltaik eingedämmt und die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Unternehmen vor zu hohen Kosten durch die Solarförderung geschützt.

In Deutschland werden zwischenzeitlich fast 10 Prozent des verbrauchten Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Rund ein Drittel davon stammt aus Solarenergie von Photovoltaikanlagen. Aufgrund der hohen Vergütungssätze für den Solarstrom ist der Zubau an Photovoltaikanlagen zuletzt deutlich schneller angestiegen als ursprünglich geplant. Gleichzeitig sind die Herstellungskosten für die Solaranlagen deutlich gesunken. Deshalb hat sich die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorgesehene Vergütung für die Einspeisung von Solarstrom als zu hoch erwiesen. Der rasante Zuwachs bei der Photovoltaik belastet jedoch nicht nur die Stromnetze, sondern aufgrund der hohen Einspeisevergütung zunehmend auch die Endverbraucher. Denn diese finanzieren die Kosten der Solarstromförderung über die sogenannte EEG-Umlage in ihrer Stromrechnung mit.

Vor diesem Hintergrund wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz nun reformiert und die Vergütung für die Einspeisung von Solarstrom – je nach Anlagentyp – um 20 bis 30 % abgesenkt. Maßgeblicher Stichtag für die Absenkung ist nunmehr der 1. April 2012, denn die CSU-Landesgruppe hatte den ursprünglich vorgeschlagenen Stichtag 9. März zum Schutz der Investoren klar abgelehnt. Auch durch Übergangsfristen wird das Vertrauen der Investoren in die bestehenden Regelungen geschützt.

Dachanlagen, für die vor dem 24. Februar ein Netzanschlussbegehren gestellt wurde, erhalten ebenso wie Freiflächenanlagen, für die vor dem 1. März ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde, bis zum 1. Juli noch die aktuellen Fördersätze. Ein sogenannter „atmender Deckel“ wird dann zukünftig sicherstellen, dass die Vergütung – abhängig von der Zubaumenge – automatisch erhöht oder abgesenkt und so an die jeweilige Marktsituation angepasst wird.

Daneben sollen der Eigenverbrauch und die Eigenverantwortung der Stromproduzenten gestärkt werden. Bei Dachanlagen bis einschließlich 10 KW müssen deshalb künftig 20 % des Stroms, bei Freiflächenanlagen bis 1 MW rund 10 % des Stroms selbst verbraucht oder selbständig am Markt gehandelt werden. Anlagen zwischen 1 MW und 10 MW erhalten die volle EEG-Vergütung. Über 10 MW wird der Strom nicht mehr durch das EEG vergütet, sondern muss in vollem Umfang selbst vermarktet werden. Darüber hinaus werden mit der EEG-Reform auch Regelungen geschaffen, die sogenannte „Solarstadln“ ebenso verhindern sollen wie das „Anlagensplitting“. Die Koalitionsfraktionen stellen mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den dynamischen Ausbau der Photovoltaikanlagen sicher, schützen die Stromverbraucher und wahren die Interessen des Mittelstands und der Unternehmen.

Erfolgreiche Energiepolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

während die Tarifpartner gerade die Tarifabschlüsse verhandeln, sorgt die christlich-liberale Koalition mit dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression für die längst überfällige Steuererechtigkeit im Bereich der kleinen und mittleren Einkommen. Denn es kann nicht sein, dass das Finanzamt der größte Profiteur von Tarifabschlüssen wird.



In einem progressiven Steuersystem muss bei der kalten Progression regelmäßig gegengesteuert werden. Der Fiskus darf die Menschen nicht deshalb künstlich reich rechnen, weil sonst die Steuereinnahmen etwas weniger sprudeln. Dies liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Die Koalition ist dieser Verantwortung in dieser Woche gerecht geworden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die SPD diese Gerechtigkeit im Bundesrat blockiert.

Die Sozialdemokraten würden sich mit einer Blockade im Übrigen nicht nur gegen die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, sondern auch gegen das Bundesverfassungsgericht stellen. Denn der Grundfreibetrag muss bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen an die steigenden Kosten für das Existenzminimum angepasst werden. Auch dies haben wir mit dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression nun gemacht. Und die Expertenanhörung im Bundestag hat unser Gesetz deswegen zu Recht bestätigt.

All dies ist keine Steuersenkung auf Pump oder gar ein Steuergeschenk. Die christlich-liberale Koalition setzt ihren Konsolidierungskurs fort und hält die Schuldenregel ein. Es geht schlicht um Fairness. Es geht darum, von Lohnerhöhungen nicht mehr zu profitieren als die Menschen im Land. Denn der wirtschaftliche Aufschwung soll in erster Linie bei den Bürgern ankommen.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Solide Haushaltspolitik in Europa

Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion

Die Strategie zur schrittweisen Bewältigung der Staatsschuldenkrise zeigt Wirkung: Die Risikoaufläufe der öffentlichen Anleihen sind spürbar gesunken und die Umschuldung Griechenlands wurde ohne größere Probleme umgesetzt. Auch die Aktienindexe bewegen sich auf hohem Niveau und der Außenwert des Euro hat sich stabilisiert. In dieser Woche hat die christlich-liberale Koalition ein Gesetzespaket auf den parlamentarischen Weg gebracht, mit dem die entscheidende Grundlage für eine echte Stabilitätsunion geschaffen werden soll.

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag mit der Beratung einer Reihe von Gesetzen begonnen, die zur Umsetzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und des Fiskalpakts notwendig sind. Noch vor der Sommerpause soll der Bundestag das Gesetzespaket verabschieden.

Der Fiskalvertrag verpflichtet alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik zur Einhaltung strenger Obergrenzen für ihre Staatsschulden. In allen 17 Euro-Ländern und acht weiteren EU-Staaten werden durch den Fiskalvertrag verbindliche

Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild eingeführt. Demnach darf die jährliche Neuverschuldung der einzelnen Vertragsstaaten in Zukunft 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Sollte ein Land diese Obergrenze für die Neuverschuldung überschreiten, wird künftig automatisch ein Defizitverfahren ausgelöst.

Darüber hinaus sieht der Fiskalvertrag auch vor, dass die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Einführung und Einhaltung der Schuldenbremse überprüfen und den Unterzeichnerländern ein Klagerecht vor dem EuGH eingeräumt wird. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich mit dem Fiskalvertrag auch, ihre Gesamtverschuldung abzubauen und in der Wirtschaftspolitik enger zusammenzuarbeiten. Zur Koordinierung ihrer Reformpläne sollen deshalb die Parlamente auf regelmäßigen Konferenzen Fragen der Haushalts- und Fiskalpolitik abstimmen. Spätestens in fünf Jahren ist für die Fiskalunion das Einverständnis aller 27 EU-Mitgliedstaaten erforderlich – bis dahin soll der Fiskalvertrag in die Europäischen Verträge überführt werden.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll ab Mitte 2012 als dauerhafter Rettungsschirm die Maßnahmen des vorläufigen Euro-Rettungsschirms ablösen. Der ESM wird über ein gezeichnetes Stammkapital

von 700 Milliarden Euro verfügen und das Ausleihvolumen beträgt maximal 500 Milliarden Euro. Deutschland ist daran mit rund 27 % beteiligt, so dass der deutsche Anteil am Kapital rund

22 Milliarden Euro und der Anteil an den Gewährleistungen rund 168 Milliarden Euro beträgt. Ziel des ESM ist es, mit verschiedenen Instrumenten sog. „Staatspleiten“ der Mitgliedstaaten der Eurozone zu verhindern. So sollen über Darlehen, Primärmarkt- und Sekundär-

marktinterventionen und vorsorgliche Hilfsmaßnahmen die negativen Folgen durch die Überschuldung einzelner Mitgliedstaaten von der Gemeinschaftswährung Euro abgewendet werden.

Für die CSU-Landesgruppe stellt das nun auf den parlamentarischen Weg gebrachte Gesetzespaket zum ESM und Fiskalvertrag einen wichtigen Schritt bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar. Denn die christlich-sozialen Abgeordneten setzen sich für eine Lösung ein, die den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen in unserem Land am meisten gerecht wird. Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt zeigt sich überzeugt: „Der Fiskalvertrag schafft jetzt die entscheidende Grundlage für eine echte Stabilitätsunion in Europa. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, denn jetzt müssen alle Vertragspartner Verantwortung zeigen“.



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide

Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, bezeichnete den Fiskalvertrag als ein Gebot staatspolitischer Vernunft und unserer gemeinsamen Verantwortung für Europa.

Diese Woche

Erfolgsgeschichte Photovoltaik

Koalition schützt Stromkunden vor Kosten durch zu hohe Solarförderung 1

Solide Haushaltspolitik in Europa

Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion 2

Kalte Progression abbauen

Einkommen nicht entwerten 3

Finanzaufsicht stärken

Krisen vorbeugen 3

Wirtschaftspolitik

Innovationsstandort Deutschland stärken 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Kalte Progression abbauen

Einkommen nicht entwerten

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche das Gesetz zum Abbau der kalten Progression beschlossen. Mit diesem Gesetz setzen die Koalitionsfraktionen ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um und entlasten untere und mittlere Einkommensbezieher.

Die christlich-liberale Koalition möchte die kalte Progression abbauen und inflationsbedingte Steuererhöhungen vermeiden. Mit dem „Gesetz zum Abbau der kalten Progression“ wirkt sie den nicht gewollten Steuerbelastungen durch eine Korrektur des Einkommenssteuertarifs entgegen.

Das Gesetz sieht vor, inflationsbedingte Steuermehreinnahmen im Umfang von rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben. Dafür wird der Grundfreibetrag in zwei Stufen um insgesamt 350 Euro angehoben – zum 1. Januar 2013 zunächst auf 8.130 Euro und dann zum 1. Januar 2014 auf 8.354 Euro. Der Staat verzichtet dadurch zugunsten der Steuerzahler auf Steuereinnahmen von rund zwei Milliarden Euro im Jahr 2013 und weitere vier Milliarden Euro im Jahr 2014. Durch diesen Steuerverzicht stellten die Koalitions-

fraktionen sicher, dass der Fiskus von Lohnerhöhungen nicht mehr profitiert als der jeweilige Einkommensbezieher und dem Steuerzahler mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt.

Der Abbau der kalten Progression stellt aber nicht nur einen wichtigen Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit dar, sondern setzt auch die verfassungsrechtlichen Vorgaben für das steuerfreie Existenzminimum um. Dennoch hatten einige Bundesländer angekündigt, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen. Sollte der Bundesrat das Gesetz tatsächlich blockieren, ginge das vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen. Das halten die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe jedoch für unredlich – denn gerade die unteren und mittleren Einkommensbezieher müssen vor zu hohen Steuern geschützt und die kalte Progression deshalb zügig abgebaut werden.

Finanzaufsicht stärken

Krisen vorbeugen

Eine Lehre aus der Finanzkrise: Die Finanzmärkte brauchen einen stärkeren Ordnungsrahmen. Deshalb stärkt die Koalition nun die Finanzaufsicht.

Deutschland hat sich als Lehre aus der Finanzmarktkrise bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass zum 1. Januar 2011 ein neues Europäisches Finanzaufsichtssystem geschaffen wurde. Zur Überwachung der Finanzsysteme wurden nicht nur drei europäische Finanzaufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor geschaffen, sondern auch ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken eingerichtet. Mit dem in dieser Woche vom Deutschen Bundestag beschlossenen Antrag zieht die christlich-liberale Koalition nun eine weitere Konsequenz aus der Finanzmarktkrise und stellt sicher, dass das seit dem vergangenen Jahr bestehende Aufsichtssystem auch seine volle Leistungsfähigkeit entfalten kann. Dadurch werden die Aufsichts- und Regulierungsrahmen in Europa gestärkt und die Stabilität des gesamten Europäischen Finanzsystems besser überwacht.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Ude baut Bayern um

Was ist los mit Christian Ude? Hatte der SPD-Landtagsspitzenkandidat neulich noch kundgetan, Aschaffenburg liege in Oberfranken, so gab er jetzt bekannt, dass Bamberg 200.000 Einwohner habe. Die Süddeutsche Zeitung reißt Witze darüber und schreibt, Ude müsse schon wissen, Ministerpräsident welchen Landes er werden wolle. Nun – vielleicht weiß Ude ganz genau, was er sagt, und hat einfach schon mal verklausuliert seine ersten Amtshandlungen angekündigt: Eine Gebietsreform, bei der die Landkreise den Bezirken neu zugelost werden und ein gewaltiges Umsiedlungsprogramm vom Münchner Hasenberg nach Bamberg, um der Stadt an der Regnitz ein wenig mehr großstädtisches Flair einzuhauchen. Nein, Herr Oberbürgermeister, so wird das nichts – Bayern reicht weiter als von Schwabing bis Ramersdorf.

Kretschmann rebelliert

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann betätigt sich als freier Radikaler – zumindest in der eigenen Partei. Deren Führung schätzt Freigeistigkeit in der Regel genau so lange, wie man das Gleiche denkt wie sie. Doch Kretschmann scheint das egal zu sein. Hatte die Grüne Spitze erklärt, Ihr Kandidaten-Doppel für die Bundestagswahl 2013 per Urwahl bestimmen zu lassen, so warnte der Ministerpräsident nun öffentlich davor. Auch beim Länderfinanzausgleich sitzt er grundsätzlich eher im Boot der unionsgeführten Landesregierungen Bayerns und Hessens. Den Parteigranden Roth und Trittin, Özdemir und Künast dürfte an der ganzen Sache vor allem Eines ganz gewaltig zusetzen: nämlich dass der wichtigste Grüne der Republik derzeit nicht in Berlin, sondern in Stuttgart sitzt.

Jusos proben Aufstand

Die Berliner Jusos proben offenbar den Aufstand – und drohen mit einem Militärschlag! Nein, nicht gegen Andrea Nahles oder den Axel-Springer-Verlag, sondern gegen den Iran. Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, haben die Jung-Sozis eine „Resolution“ verabschiedet, die diese Maßnahme fordert, sollte der Iran weiter an einer Atombombe „basteln“. Bereits das Vokabular lässt weder auf erwachsenes Denken noch auf herausragende sicherheitspolitische Kenntnisse schließen. Sigmar Gabriel, dessen Partei eine gänzlich andere Position vertritt, dürfte indes bereits über Plänen zum Gegenschlag brüten. Aus SPD-Sicherheitskreisen hieß es, man prüfe ein „Waffelembargo“. Auch ziehe man einen Einfuhrstopp für Juso-Ideen ins nächste Wahlprogramm in Erwägung – so werde man die Fanatiker schon in den Griff kriegen.

Wirtschaftspolitik

Innovationsstandort Deutschland stärken

Die christlich-liberale Koalition setzt sich mit wachstumsorientierter Wirtschafts- und Technologiepolitik weiter konsequent für die deutsche Wirtschaft ein. Ein in dieser Woche im Deutschen Bundestag beschlossener Antrag der Koalitionsfraktionen stellt sicher, dass die Wachstumspotentiale der Digitalen Wirtschaft umfassend ausgeschöpft werden und Deutschland als Innovationsstandort weiter gestärkt wird.

Innovationen und moderne Technologien sind der Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Mehr denn je kommt es darauf an, die Chancen zu ergreifen, die die neuen Technologien bieten, denn das Internet und die digitale Wirtschaft bieten enorme Potentiale für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das Internet ermöglicht nicht nur neue Anwendungen und Geschäftsmodelle, sondern verändert die Lebens- und Arbeitswelt grundlegend und führt zu neuen Wertschöpfungsketten in weiten Teilen der Wirtschaft. Hierdurch werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und weitere zukunftsträchtige Arbeitsplätze entstehen. Nicht nur in den Städten und Ballungszentren, sondern gerade auch im ländlichen Raum ist der Anschluss an hochleistungsfähige Breitbandnetze ein ganz



Foto: Bundesregierung/Arne Schambeck

Leistungsstarkes Breitbandinternet stärkt Deutschland als Innovationsstandort

besonders wichtiger Standortfaktor. Weil dies besonders für Bayern als großes Flächenland von herausragender Bedeutung ist, setzt sich die christlich-soziale Union konsequent für den flächendeckenden Ausbau leistungsstarker Breitbandnetze ein – in Bayern ebenso wie im Bund. Während das Bayerische Kabinett in seinem Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 nun rund 100 Millionen

Euro für die Förderung des Hochgeschwindigkeits-Internets vorsieht, hat die christlich-liberale Koalition auf Bundesebene mit der Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes bereits die Weichen für einen flächendeckenden Breitbandausbau gestellt: So sollen im Jahr 2014 bereits 75 % der Haushalte über Breitbandinternet mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen, spätestens im Jahr 2018 soll dann eine flächendeckende Vollversorgung sichergestellt sein. Die CSU-Landesgruppe hat sich erfolgreich für Maßnahmen zur Senkung der Kosten für den Breitbandausbau eingesetzt. Das kommt den Telekommunikationsunternehmen und Kommunen zugute. Vor allen Dingen profitieren davon aber die Internetnutzer und damit die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in unserem Land.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Mehr Bürgerbeteiligung

Große Verkehrsprojekte wie der Bau von Autobahnen, Schienenstrecken, Flughäfen oder Schleusen dauern Jahre und werden von den Anwohnern häufig abgelehnt. Konflikte um Bauvorhaben wie Stuttgart 21, die Rheintalbahn und andere Großprojekte zeigen, dass die Bürger bei Bauvorhaben im Verkehrsbereich stärker mitreden wollen. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer hat deshalb in dieser Woche einen Entwurf für das „Handbuch Bürgerbeteiligung“ vorgestellt. Dieses soll Behörden und Vorhabenträgern als Leitfaden für eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dienen. Dadurch soll die Akzeptanz der Betroffenen gegenüber großen Verkehrsprojekten erhöht werden. Denn eine breite gesellschaftliche Zustimmung ist eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung großer Infrastrukturprojekte - und auf die ist unser Land zwingend angewiesen.

Weniger Verschwendung

Unter dem Motto „Zu gut für die Tonne“ hat Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner eine Kampagne gegen die Verschwendung von Lebensmitteln gestartet. Mit dieser Aktion soll das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher für die Wertschätzung von Lebensmitteln geschärft und die Menge unnötiger Lebensabfälle bis zum Jahr 2020 halbiert werden. Lebensmittelhersteller, Handel und Großverbraucher sollen Abfälle nachhaltig vermeiden und sie sinnvoll verwerten. Weil jeder Deutsche durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittel im Jahr wegwirft, müssen aber auch die Privathaushalte Verantwortung übernehmen. Deshalb sollen sie Hinweise zum Vermeiden von Lebensmittelabfällen, Rezepte zur Resteverwertung und Tipps zur richtigen Lagerung von Lebensmitteln erhalten und so ebenfalls ihren Beitrag zur Reduzierung unnötiger Lebensmittelabfälle leisten.

Keine Radikalisierung

Auf dramatische Weise wurde in den letzten Tagen durch die Morde in Toulouse deutlich, dass vom islamischen Terrorismus auch in Mitteleuropa nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Gefahr ausgeht. Aus diesem Grund hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich die „Initiative Sicherheitspartnerschaft – Gemeinsam mit Muslimen für Sicherheit“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative haben sich in dieser Woche Vertreter muslimischer Verbände, engagierte muslimische Persönlichkeiten, Vertreter der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie Wissenschaftler, Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten zu einem Gespräch getroffen. Zur Vorbeugung gegen jede Form von islamistischer Gewalt und Extremismus haben sie dabei gemeinsame Lösungsansätze gegen die islamistische Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen erarbeitet.